

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Ercheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chandrastr. Georg Rehnardt, Verwalter.
Postfach (Nr. 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3600-3605,
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3608, Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbezirksnummer Berlin 226

Hoersch erneut bei Briand

Militärkontrolle und Saargebiet

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 24. November

Der deutsche Vossische in Paris, v. Hoersch, hat heute morgen eine neue eingehende Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand gehabt. Die Aussprache hat außer dem Fragen-Komplex, bei der Theorie der Gegenüber der deutsch-französischen Aussprache bildet, vor allem der Überwindung der alliierten Militärkontrollen und im Zusammenhang damit der Frage der Organisation der künftigen Kontrolle durch den Völkerbund gegolten.

Briand hat im Laufe des Vormittags mehrmals den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Stephan in Begleitung des französischen Mitgliedes der Kommission Manette empfangen. Wenn auch die französische Regierung, wie aus dem Briand gehen in der aufgenötigten Kommission der Kommer gegebene Erklärungen am weitesten hervorgeht, so der Saargebiet noch keinerlei definitive Beschlüsse gefasst hat, so scheint aus der heutigen Unterredung dem Briand Hoersch's Aussagen zu erhellen, daß er sich über die Opportunität einer eventuellen Vorsehung bei im Friedensvertrag für das Jahr 1935 festgelegten Abstimmung zu unterziehen.

Kraffin †

London, 24. November. Der Geschäftsträger der Comintern, Kraffin, ist gestorben.

Unmäßig trübt sich der Stern der Sowjets, die mit Lenin während der Weltkriege begründet haben. Es sterben, verdrückt im Dienste. Denn reichlichlos muß die Kommunistische Partei die Arbeitkraft der Männer ab, die an der Spitze stehen. Die Sowjet hat noch keinen erreicht. Kraffin hat recht allerdings nicht eine so fühlbare Wunde in die Führerguppe wie vor kurzem das Absterben Berlingoff; er hat seit mehr als einem Jahre als ein toter Mann gegolten, hat dem Vorkrieg Vorkrieg der während des letzten Jahres die größten Anstrengungen geleistet hat, mit London verständiglichen, und nicht nur gerade in einem Moment, wo die englisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wieder erneutes Interesse verlangen.

Leonid Borisowitsch Kraffin ist immer eine Art Stufenleiter des Bolschewismus gewesen. Wie Krotki, war er lange Zeit Menschling, aber er hat sich vom theoretischen Parteifreier ferngehalten und brauchte deshalb nie in die Opposition zu gehen. Nicht als politischer Theoretiker, sondern als praktischer Bolschewist Kraffin hat sich am Ende der Vorkriegszeit in der Partei bewährt, an deutschen Hochschulen hat er gelernt, bei Siemens-Schuckert seine technische Ausbildung erworben, war auch vor dem Krieg Vertreter dieser Firma in Petersburg. Während in den Zeiten der Bürgerkriegs die anderen Bolschewistenführer durch Blut und Terror gingen, hat Kraffin sich demonstriert nur mit technischer-praktischen Dingen beschäftigt. Das hat ihm den zunehmenden Spott Lenins eintragen. Der Genosse Kraffin meint, er kenne wie ein deutscher Eisenbahningenieur mit der roten Wäsche befehen und rufen: Stellen Sie diese Revolution, alles auslegen!

Beidelei hat man auch von Moskau aus für Kraffin dieses Parteifreier im Bürgerkrieg protegiert, man braucht nur den Namen nachmalig als Intermediär für Europa. In dieser Rolle hat er sich schon 1918 in Berlin bei den Verhandlungen über das Sozialabkommen zum Reichsminister für Europa bewährt. Nach größerer Dienste leistete er drei Jahre lang in London. Unter fremden Einfluß hat er sich in die optimistische Meinung gefügt, daß er sich nur mit den Bolschewistenführern an einen Tisch zu legen braucht, um eine völlige Einigkeit zu erreichen. Dieser Einigkeit war auch vor während der Konferenz von Genäva zu verpflügen, nur allem im deutsch-russischen Vertrag von Rapallo.

Dabei war Kraffin Stellung innerhalb der russischen Wirtschaftspolitik immer kleiner geworden. Er als Bolschewistführer für den Außenhandel mußte das Zusammenarbeiten mit fremden Organisationen verteidigen und dabei selber am stärksten fühlen, wie gerade dieses Verhältnis alle Verhandlungen ab absurdum führte. Was hat in Moskau deshalb zu dem merkwürdigen Aussehen getroffen, Kraffin war nominell im Außenhandelsministerium zu belassen, während ihm tatsächlicher Anteil in der Partei oder Londoner Parteifreier war. Erst vor wenigen Monaten ist durch die Vereinigung des Staates mit dem Innenhandels diese mehrfache Doppelstellung erlosch worden.

In Berlin war Kraffin ein oft gefeierter Gast. In früheren Jahren unternahm er kaum eine Reise zwischen Moskau und den Hauptstädten Westeuropas, ohne in der Vossischen Unter den Linden Aufenthalt zu nehmen. Er hat deshalb hier zahlreiche persönliche Beziehungen geknüpft gehabt, so daß sein Stillsitzen besondere Teilnahme hervorgerufen wird. e. h.

Schilfcherin über Odeffa

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

in Moskau, 24. November

Schilfcherin hat gestern einem Vertreter der Comintern für die Comintern über die Zusammenkunft mit dem türkischen Außenminister in Odeffa.

Als die türkische Regierung erfuhr, so sagte Schilfcherin, daß es noch Befestigung erziele, schlug sie vor, diese Werke über die Türkei zu modern, was ohne weiteres Zeitungsmitglied möglich war. Hierauf erfolgte eine Vereinbarung, sich in Odeffa zu treffen.

Nach längeren Jahren einer Fremdbelastung nur es bringend notwendig, sich endlich auszusprechen. Die Verleumdung der Partei der linken Sozialisten ist jetzt gelöst. In der Zeit, als die Türkei einen der wichtigsten Bestandteile war, kämpfte auch die Partei gegen die Imperialisten. Auch jetzt sind die Türkei und die Comintern noch immer befreundet, und das Verständnis des Weltfriedens angeht, im Wege eines freilichlichen Eindringens und einer künftigen militärischen Stärkung die Comintern und das türkische Volk zu unterstützen.

Wobor Mahraum warnte

Wahnsinnspläne der Rechtsradikalen

Der Jungheutliche Orden stellt der Presse die folgende Erklärung Artur Mahraums zur Verfügung:

Reichswehrminister Götter hat gestern im Reichstag vor der ihm nur mit eingeschränkter Dienstfrist Stellung genommen. Er hat erklärt, die Dienstfrist der Wehrmacht zwischen früheren aktiven Offizieren und ihren Verwandten, war die richtige Sozialabgabe habe, und bringe die Beförderung des Ordens zum Ausdruck, daß die Reichswehr in diese Streitigkeiten hineingezogen werden könne, ohne daß diese Beförderung nicht begründet worden sei. Bereits am 22. November soll das Reichswehrministerium laut Befehlshabern die Erklärung abgegeben haben, es sei ihm über derartige Dinge — gemeint ist offenbar der Inhalt der Dienstfrist — nie etwas bekannt geworden, es seien wohl nur Vorläufer und Züge derartiger „Verdächtig“ aufgetaucht.

Hierzu habe ich zu bemerken: Ich habe die Dienstfrist auf Aufforderung des Reichswehrministers eingeleitet. In ihr befinden sich die Wehrmacht, wird im großen Rahmen verfaßt, wird, Organisations, welche ich auf die Reichswehr beziehen, für ein Abenteuer einzuführen, dessen Verwirklichung ein fürstbestes Unglück für das Deutsche Reich herbeiführen dürfte. Für dieses Abenteuer wurden in den Reihen des Bundes der Wehrmacht Gruppen gebildet. Da dieser Zustand, für den in der Vergangenheit bereits Parallelen bekannt, unhaltbar war, kam nur ein Eingreifen des Reichswehrministers in Frage.

Bereits im Jahre 1923 wurde auf ganz ähnliche Weise verfahren, die aktivistischen Kräfte der nationalen Bewegung in einem Lebensfall auf die französischen Besatzungstruppen zu provozieren. Im Mittelpunkt dieser Aktion stand damals ein auch in der nachrevolutionären Zeit vielgenannter General, der unter dem Namen auf seine militärische Autorität waren sogar alle besonnenen Soldaten zu der Ansicht gekommen, daß der auf diese Weise entfesselte Krieg zu einem Erfolg führen könne. Der General berief sich auf ein neu erfundenes Sprengmittel, mit dessen Hilfe man auf elektrischen Wege sämtliche Sprengstoffe der Franzosen in die Luft sprengen könne.

Diese Angabe wurde in meinen Kreisen verläutelt, da der General erklärte, selbst der Beschlingung dieser ominösen Erklärung beigewohnt zu haben. Er teilte bereits Truppen zur Sprengung der Rheinbrücken ein. Ich bin in der Lage, Offiziere zu nennen, welche die Befehle von ihm erhielten. Da überall der Einbruch erwidert wurde, daß die Reichswehr hinter dieser Aktion stehe, entstand in nationalen Kreisen, die mir nachher, eine Pfandnote, in der jeder Appell an die Vernunft verhallte. Aufstrebungen, welche ich zu geben versuchte, wurden mit der Behauptung nicht gemacht, ich sei zu schlapp, diese Götter mitzumachen. Bei den im Subjektive herbeizuführenden Ereignisse konnte die Explosion jederzeit erfolgen. In letzter Stunde gelang es mir, die Nachricht von dem gigantischen Sprengplan als glatte Schwindel zu entlarven.

Am Herbst des gleichen Jahres wurde für einen Feldzugsplan Zustimmung gemacht, in dem man sich ebenfalls auf den Willen der Reichswehr berief. Folle sollte im Grunde mit Aufbruch der Wehrmacht werden und dann gemeinsam mit der großen russischen Armee der Kampf an der Elbe gegen Frankreich aufgenommen werden. Man hielt wieder Geheimbrüder für den Plan zu gewinnen und zu überzeugen. Einer meiner Mitarbeiter ging den Wehrungen der Ordensbrüder nach und stellte fest, daß

er durch die Bombardierung Prozesse inwärtigen bekannt geworden Oberleutnant Schulz die Seele dieser Bestrebungen war. Schulz erläuterte ihm den Plan mit folgenden Worten:

Der Westen ist separatistisch, der Süden katolisch. Auf beide können wir nicht rechnen. Wir müssen deshalb die Franzosen zwingen, die zur Elbe zu verfahren. Dann nehmen wir den Westen zurück, um Arbeiter anzuheben zu können, und erledigen einen nationalen Anarchisten im Osten. Dieser wird nach dem Rücks für die Wehrgehungung Deutschland sein.“

Diese Erklärung wurde von mir dem Reichswehrministerium mitgeteilt. Trotzdem trat der Rührer in Brief an.

Als ich im Jahre 1925 einer Verhandlung zwischen Deutschland und Frankreich das Wort redete, sagte ich etwas gemüßigt Reichswehrminister in einem Punkt, der für die Einleitung eines Panbundesverfahrens gegen meinen Mitarbeiter Bornemann und mich führte. Ich habe festgestellt, daß weder Kräfte am Werke waren, die nationale Bewegung für ein Zusammengehen mit Cominternplänen gegen Frankreich zu gewinnen. Wieder spielte die Elblinie eine große Rolle. Der Oberst Riccio, dessen politische Beilassung ich unbedingtes Verlangen habe, hat seinen Plan, die Comintern für sich zu stellen konnte, größtenteils für diesen Plan, und Kräfte, welche ich auf die Reichswehr berief, behaupteten, gegen, empfindlichen Auftrag zu haben, und trafen dafür Vorbereitungen.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, hiergegen die Hilfe des Reichswehrministers anzufragen und habe ihm meine Beobachtungen vertraulich mitgeteilt. Sie bilden den Inhalt meiner Denkschrift. Die Behauptung des Reichswehrministers, daß ich ihn gemüßigt nur ein Schicksal in einem Streit mit anderen Verbänden angehen habe, ist völlig abwegig.

Ich halte meine Erklärung dahin zusammen, daß die von mir eingeleitete Dienstfrist nachweislich den einzigen Zweck hat, den Wehrmacht nationaler Kräfte und Organisationen zu lenkungsgefährlichen außenpolitischen Abenteuern zu verhindern. Auf Grund meiner Kenntnisse bin ich überzeugt, diesen Zweck auch zum Teile des Vaterlandes erreicht zu haben.

Die Erklärung schließt sich der Versicherung Mahraums, daß er auch weiterhin seine ganze Kraft dem Vaterlande weihen, um den Wehrmacht zu verhindern, die Deutschen aber nur in neues unabsehbares Unglück führen würden.

Zyffon in den Bestien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Breslau, 24. November

Die Bestien, der nordwestliche Teil der Karpententente, sind von schweren zyffonartigen Schüben heimgesucht worden. Der Windstich hat in den Forten ganze Waldbrücken niedergebregt. Die Eisenbahn-Linie-Rettung (Schiffen) mußte den Verkehr einstellen, weil die Gleise von dem umgebroschenen Holzmaß auf neue Entfernungen gesperrt waren.

Die Räumungsarbeiten werden durch das Unwetter hart erschwert und gefährdet. Die Arbeiter verweigerte tödlich. In den Bestien wurden in einzelnen österrischen Schichten, werden die Bestienarbeiten eines Teilens, vom Sturm gerührt. Mehrere Zentren, die in den Bergen unternommen werden, werden bis heute vermisst.

Das Zensurgefetz vor dem Reichstage

Wer genau wie die Conjunction habe auch die Zurei nur das eine politische Ziel, sich die Möglichkeit der friedlichen Entwicklung zu sichern. Daher haben sich die russischen Außenminister natürlich keinerlei Vorklaube — panatlantische oder andere — in dieser Angelegenheit als abstrakte, theoretische Vereinbarungen getroffen, die gegen dritte Mächte vertrieben sind. In dem Interesse des russischen Reiches ist die Bekämpfung der bolschewistischen Interessen und von der Überlieferung in der bolschewistischen Politik. Es betont besonders, daß die beiden Leiter der Außenpolitik beider Länder einig sind über die gegenwärtige Lage und die Maßnahmen, die im Interesse der Politik beider Länder gegeben sind, miteinander in Übereinstimmung gebracht haben.

Das heimliche Blatt

Das Reichsblatt wird in den nächsten Tagen sich mit der Frage beschäftigen, ob die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ im Besitz des Reiches behalten oder weiterverkauft werden soll. Kaufangebote liegen der Regierung vor. Die Entscheidung des Kabinetts wird voraussichtlich im Einvernehmen mit den Regierungsparteiern erfolgen. Wie bereits angekündigt, soll über den Verkauf des Blattes durch die Reichsregierung nur im Haupt- und schließlich im Reichstag berichtet werden. Wohlgerne kommt es auch zu einer Berichterstattung in der Presse.

Eine solche Entscheidung des unparlamentarischen Reiches vor der breiten Öffentlichkeit wäre aus manchen Gründen sehr erwünscht: auf der prinzipiellen Seite der Angelegenheit wollen und auch, um die Verantwortlichkeit dieser Transaktion reiflich zu klären. In der „Allgemeinen Zeitung“ ist bereits am Montag festgestellt und es ist nachher durch die formale Erklärung Dr. Stresemann im Reichstag bestätigt worden, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beschlagnahmt wurde. Die Übernahme der Majorität der Aktien am 23. April von der Reichsregierung erworben worden. Die ersten Ermächtigungen über den Erwerb des Blattes sind aber schon im Sommer 1925 unter dem ersten Kabinett Luther angefallen worden, als die Firma Stinnes ihre Zeitungsunternehmungen mit vielen anderen liquidieren wollte. Das wichtigste Element für die Regierung war damals, das Blatt nicht in die Hände des Reichstages zu lassen, was politisch die Regierung und Staatsfonds gefährden würde. Ermächtigungen wurden gegenstandslos durch die Tatsache, daß die preussische Regierung als Käuferin des Blattes und der Druckerei auftrat.

Aber im Februar 1926, unter dem zweiten Kabinett Luther, wurde die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (ohne die Druckerei) der Reichsregierung zum Kauf angeboten. Damals interessierten sich auch wirtschaftliche Kreise für den Erwerb des Blattes, die Angebote wurden aber von Stresemann abgelehnt. Die Verhandlungen gingen bis zum April 1926 hin, sie wurden im Auftrag des Reichsleiters Dr. Luther vom Staatsratler Kämpner und dem Mitgliebers des Aufsichtsrates geführt.

Das Ergebnis war, nachdem die ursprüngliche allnahebe Förderung ergriffen worden war, der Absicht des Kaufvertrages. Aber während im Sommer 1926 die Regierung die Parteiführer von ihrer Kaufabsicht verhandelt hatte, unterließ diese die Unterzeichnung in Prüfung der Regierung, das wirtschaftliche Kauf, erfolgt in dem Etat der Reichsleiters, eigene zu diesem Zweck neue Dispositionsfonds von 500.000 Mark eingeleitet worden war. Lediglich ein führendes Mitglied der Opposition wurde vom Reichsjustizminister Dr. Stresemann gemissermaßen offiziell unterrichtet, um ihn der Genehmigung des Fonds geneigter zu machen. Man hat den Erwerb des Blattes mit dem allergrößten Geheimnis umgeben und wenn selbst der Verlag behauptet, ihm sei von 1926 an die Absicht, „nicht bekannt“ gegeben zu sein, so ist das nicht aus der Tatsache zu erklären, daß die Verhandlungen lediglich von den Mitgliebers des Aufsichtsrates geführt worden sind, daß mit ihm die allgemeinen Richtlinien für die Haltung des Blattes in den Fragen der äußeren Politik vereinbart worden sind, im übrigen aber der Redaktion, die in ihrer Zusammenfassung unwandelbar blieb, völlig freie Hand gelassen wurde, wodurch sich auch die sofort gegenwärtige Einstellung gegenüber der preussischen Regierung erklärte.

Die Verantwortlichkeit dieses Zeitungskaufes durch die Reichsregierung ist nicht uninteressant, aber nicht so wichtig wie die grundsätzliche Seite der Frage. Deutschland durfte sich von jeher rühmen, die von Privatinteressen und auch von der Regierung unbeeinflussten, fairen und rücksichtslosigen Preise der Welt zu haben. Darauf basierte auch das Vertrauensverhältnis des Volkes zu seinem Blatt, das in der reichlichen Führung nur eine politische Über- oder untere politische Partei diente und stets mit offenem Blick kämpfte.

Erst in der Nachkriegszeit kam es auf, daß geblöckerte industrielle wirtschaftliche Gruppen oder Persönlichkeiten Zeitungen erwerben, um durch sie ihre besonderen Interessen vertreten zu lassen. So ist die „D. W. Z.“ das „Stinnes-Blatt“ geworden. Aber nicht so sehr die Tatsache des Kaufes und der Überführung eines Blattes, das dem Reichstag als abstrakte Partei der öffentlichen Meinung diente, obwohl auch sie schon ein bedeutendes Abzeichen von einer jahrzehntelangen geschulten Tradition war, sondern der Umstand, daß die Besitzübernahme durch Stinnes lange Zeit hindurch verheimlicht und abgelehnt wurde, daß die veränderte Frontstellung nicht mit offenem Blick erfolgte, daß nicht dem ersten Tag an öffentlich bekannt und das Blatt gehörte deren Stinnes, vertrete seine Standpunkt und seine Interessen.

Das gleiche. Warum nicht sich nun die Regierung ausgesprochen, sie kann höchstens beanpruchen, daß er auch auf die preussische Regierung ausgedehnt werden, denn auch diese hatte lange Zeit beherrschend geleitet, das Blatt von den großen Stinnes erworben zu haben. Es ist das gute Recht einer jeden Regierung, ein offizielles Blatt zu unterhalten. Aber dann muß dieses Blatt als offizielles auch kenntlich gemacht werden, es darf nicht unter falscher Flagge vor sich gehen. Dann muß die Regierung, die das Blatt in den Reichstag mit in den Reichstag nehmen, den ein offizielles Blatt mit sich bringt, das geringe Interesse des Publikums und das was die Mitgliebers des Lesers. Das offizielles Blätter erfahrungsgemäß nur einen sehr

Es sieht nunmehr fast, daß die Vorlage zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schand in der Literatur am Freitag und Sonnabend wieder in der zweiten Lesung im Reichstag beraten werden wird.

Sowohl die demokratische Reichstagsopposition wie die der Volkspartei werden vor Freitag noch einmal in Fraktionsgruppen die Vorlage beraten und ihre angelegte Stellung für das Plenum bekanntgeben. Die sozialdemokratische Fraktion sieht der jetzigen Vorlage ablehnend gegenüber. Sie würde es für das Beste halten, wenn der Entwurf zurückgezogen und der unter dem Reichstagsleiter Jarres ausgearbeitete Entwurf, der Einkimmigkeit der Reichstagsfraktionen für ein Verbot, das auf den „Zensur“ gelegt werden soll, verlangt, dem Reichstag vorgelegt würde.

Gegen diesen Entwurf hatte damals das Schlichtungsausschuss erhoben, und die Jugendorganisationen, auch die sozialdemokratische, haben sich mit dem Bestimmen übereingelassen erklärt. Eine letzte Entscheidung innerhalb der Fraktion hält überhaupt eine besondere Vorlage für überflüssig und die jetzt geltenden Bestimmungen für ausreichend. Aber die Mehrheit würde den damaligen Entwurf, der ja auch den sozialdemokratischen Staatssekretär Schulz zum Vater hat, als Grundanlage für ein brauchbares Gesetz ansehen.

Die Erregung, welche die Einzelheiten des Schand- und Schmutzgesetzes in der ganzen Bevölkerung erregt, hat in die Kritik der Volkspartei und des Zentrums ausgelöst haben, hat zu Änderungsanträgen der Demokratischen Partei geführt, die eine bedingte Verbesserung bedeuten. So soll der § 1 dadurch geändert werden, daß sein Absatz 3 wegfallen soll,

geringen Preis von Annoncen haben, der zudem überwiegend aus Behörden und Reaktionen besteht, ist eine erste Erfahrung. Beweist doch aber nur, daß der deutsche Zeitungsleser eine unabhängige, in ihrer Haltung nur durch ihre politische Überzeugung beeinflusste Presse haben will. Wenn die Reichsregierung ihr Verhalten zu dem „D. W. Z.“ sorgfältig mit einem Fehler umgeben hat, dann hat sie es doch nur, weil sie die Einstellung des deutschen Lesers kennt und durch die Schwindung des wichtigen Annoncenumsatzes verurteilt wollte. Ein solches Verfahren entspricht nicht dem, das der Engländer mit dem Wort fair play ausdrückt.

Es wurde dadurch ein befehlendes Raum geschaffen, gleich gefährlich für den Journalismus wie für den Zeitungsleser, was das Ansehen der Presse wie für die politische Arbeit. Nicht um eine fiskalische Sache handelt es sich, nicht darum, ob das Blatt einen höheren oder niedrigeren Zuschuß aus dem Dispositionsfonds erhält, indem sich für derartige Zuschüsse in dem sozialpolitischen Bereich Deutschlands überhaupt nicht einbringen dürfen.

Neuer Standal im Landbund

Nachrichtendienst der „Börsigen Zeitung“

Freitag, 24. November

Ein neuer Standal des Landbundes wird sich von der sozialdemokratischen Presse Schöffens mitgeteilt, die sich mit Angaben gefährdeter Landwirte löst. Es handelt sich um umfangreiche Verzeuungen der Ein- und Verkaufsgesellschaft des Reichslandbundes gegenüber, die durch Fälschungen von Roggenbrüchensurten vorgenommen worden sind. Der Reichslandbund selbst, an dessen Spitze Graf v. Helldorf steht, hat verurteilt haben, die Nachforschungen seiner Genossenschaft zu betreiben und den Hauptangeklagten mit allen Mitteln zu machen.

Landesberger Nachklang

Nachrichtendienst der „Börsigen Zeitung“

Freitag, 24. November

Wie hier die Erregung weiter Kreise über die Führung der Landesberger Fernerwerb-Prozesse heute noch ist, bewies die letzte Beteiligung an einer von republikanischen Reichs- und anderen Parteien, Fernerwerb, in der zunächst der Landesberger Reichstags Dr. Wenzel über die Streikführung berichtete. Der zweite Heber war der demokratische Reichstagsabgeordnete Wrobal, der in Sachsen ein hohes Ansehen genießt. Es sei bezeichnend, so sagte er, daß ein großer Teil der Reichstags die Fernerwerb-Prozesse unterzeichnet habe. Das sei um bedauerlich, als ein Teil unserer Wähler ihre politische Bildung aus diesen Zeitungen beziehe. Der Fernerwerb des Reichstages hat in München festgestellt, daß der Fernerwerb solche Leute zum Opfer gefallen sind, die einfach ihre landwirtschaftliche Arbeit erfüllt haben. Dort haben Oberst und Spay es ausgedrückt, daß diese Wortsätze gefüllt worden sind als alte der Redezeit vaterländischer Oberst. Wrobal sprach sich bei der Redezeit, daß preussische Justizministerium endlich von einem Fernerwerb getrennt werde, der sich bei wichtigen Debatten nicht hätte einen bedeutungsvollen Referenten verleihe und durch die Zeit Raum schaffe einer mittelmäßigen republikanischen Justiz in Preußen.

General Hebe in München

Freitag, 24. November

Die Nachricht, daß General der Infanterie Hebe, der Chef der 1. Armee, bereitsteht, zu einem kurzen Besuch in München zu kommen, ist ein Zeichen für die politische Lage in Bayern.

Schluß der Hausfassungs-Debatte

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde den Preussischen Landtages wurde nach Schluß der Aussprache über die Hausfassungen bei den rheinischen Anbauern in der Wahl dieses Jahres der deutlichen Antrags, der die Regierung zum Vorgehen der Volksführer in der Wahl dieses Jahres abgelehnt. Ausnahme fand der Antrag des Zentrums, der die Große Anfrage der Deutschnationalen als durch die von der Regierung gegebenen Erklärungen für erledigt erklärte.

in dem nach dem vorliegenden Entwurf auch die periodischen Druckschriften, d. h. Zeitschriften, unter die Bestimmung des Gesetzes gefaßt werden. Geht dieser Änderungsantrag durch, so werden zum mindesten die Zeitschriften nicht mehr unter hängiger Zensurkontrolle stehen.

Genau wie die zweite Änderungsantrag der Demokratischen Partei, der die Verbenstabelle ablenkt und eine Prüffelle des Reiches als Generalintendant in Vorlage bringt. Auch die Zusammenfassung dieser Prüffelle soll durch einen Änderungsantrag der Demokraten neu geregelt werden. Die Prüffelle soll sich handlung aus einem besetzten Verzeichnis und vier Sonderführer zusammensetzen, die auf Grund der Vorfälle der beteiligten Verbände des Jugend- und Jugendverbände, des Schrifttums und der Kunst, der Jugend- und Jugendverbände, der Volkshochschulen, des Reichstages des Zentrums ernannt werden sollen. Den Kirchen wird demnach ein besonderes Präsentationsrecht nicht zuwenden. Von diesen fünf Mitgliedern der Prüffelle müssen nach dem Änderungsantrag mindestens vier in der Verteilung einer Schrift überstimulieren, damit ihre Schrift auf die Verteilung zu gehen kann.

Zu diesen Änderungsanträgen sind einige wesentliche Verbesserungen der Öffentlichkeit gegebener Verlage geworden. Soll das Gesetz überhaupt wirksam werden, so müssen mindestens diese Verbesserungen erfüllt sein. Am besten wäre es noch die vor, wenn das Gesetz nach der zweiten Lesung vom Reichsministerium des Innern zurückgegeben würde, denn die Gefahren derartiger Zensurgeetze bleiben bestehen, auch wenn die Kämpfer gegen das Gesetz die Prüffelle einrichtet, auch wenn nicht mehr den Kirchen ein bevorzugtes Mitwirkungsrecht gegeben wird, auch wenn die Zeitschriften ausbleiben ausgenommen werden. M. A.

Das sächsische Kombinationspiel

Beitrag für die „Börsigen Zeitung“

Freitag, 23. November

Für die Deutsche Volkspartei scheint auch dem Lande, wo sie die Mehrheit hat, das Vorkommen der letzten Reichstagsung zu sein. „Es ist sehr bedauerlich zu sein, daß sie sich vor der Auflösung des alten Landtages der Großen Koalition, bei der sie vier Jahre lang tatkraftig gestanden war, moralisch dem Verstoß hat, hat sie es jetzt für angezogen erachtet, durch den Zusammenschluß eines Landesauschusses eine Regierungsbildung mit den Einflußkreisen abzugeben und eine von den Deutschnationalen bis zu den Reichstagsmitgliedern reichende Koalition zu bilden.“ Die Sachlage ist, daß die Reichstagsmitglieder haben sich mit großer Zustimmung der Deutschnationalen gestellt, und es wäre außerordentlich, wenn sie sich verhalten ließen, nun doch mit jenen zu partieren. Sie sollten übrigens durch den Aufbruch der Gemeinbewegungen hindurch gemacht sein, nicht auf der Bahn weiterzugehen, auf die sich der Dresdener Organ, der „Reichstags“, unter der Leitung Reichstags begeben hat. „Es ist noch ein sehr interessantes, aber auch sehr bedauerliches, daß die neuen Landtagspolitik herauszufassen werden, ist im Augenblick noch ungewiss. Persönlichkeiten, die über die Vorgänge im Lager der radikalen Linken Bescheid zu wissen pflegen, verneinen, die Einflußkreise mit ihren 31 und die Kommunisten mit ihren 14 Mandateten seien nunmehr handlungslos geworden, sich auf Abwegen und Wenden als Ministerialregierung zu stellen. Diese Behauptung durch die Reichstagsmitglieder bestätigt, dann hat der freitragende Sachverhalt eine Folge der Abtritte von durchgeführten, denn das Maß von staatspolitischer Verantwortungsgewissen und können, aber was die genannten zwei Fraktionen versagen, ist bedauerlich gering, und die Zusammenfassung des Volkswortes der S. P. -Fraktion entspricht die Meinung, einen sehr radikalen Satz zu steuern.“

Die Reichstagsmitglieder, die die demokratische Fraktion bilden, haben davon abgesehen, sich öffentlich zu der Frage der sächsischen Regierung zu äußern. Auch in Sachsen hat die Deutsche Demokratische Partei nun schon so oft unbedeutend als politische Betätigung gewirkt, daß man es verstehen muß, wenn diesmal aus ihren Reihen recht häufig die berühmten Worte erklingen, mit denen der letzte Vertreter von der Reichsregierung Abschied nahm...

Prüfung des Sanfalanens

Der Sanfalanenspruch des Reichstages bewilligte heute den Betrag von 200.000 Mark im Reichstagsrat erlassen. Die Prüfung des Sanfalanens-Projekts. Vorher steht Reichsjustizminister Dr. Roth eine genaue Angaben über den Stand der Sanfalanens gemacht.

Gerüstführung in der Bülowstraße

Freitag, 24. November

Heute mittag gegen 1 Uhr führte vor dem Hause Bülowstr. 90 ein dort angeordnetes Geschäft von 5. Stock herunter. Dabei erlitten der Maurer Albert Götz als einen Knöchelbruch, der Elektromonteur Adolf Hellus einen Knöchelbruch, der Stadtmaler Otto Konrad einen Knöchelbruch und einen Armbruch. Die drei sind nach Anlegung von Stützbanden in ihre Wohnung entlassen worden.

Der Zimmermann Hermann Hinge erlitt eine Schädelverletzung und fand im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme. Alle Verletzten sind bei der Firma Müller u. Rathes, Schöneberger Ufer, beschäftigt.

Die Polizei hat sofort eine Untersuchung über die Schuldfrage eingeleitet. Das Haus wurde gesperrt.

Am Morgenpferd führte ein Geschäft, das dort zur Erneuerung der Bahnhofshalle erledigt wird, zum Zeit zusammen. Die Gleise der Stadtbahn wurden vorübergehend gesperrt. Verletzt wurde niemand.

